

**Politische Forderungen
zur Kommunalwahl 2020**
von diversity München e.V.



Inhaltsverzeichnis

diversity München e.V.	2
Angemessene Büro- und Beratungsräume	2
Angemessene Räumlichkeiten und Zugänge für unser Freizeitangebot	2
Eine sozialpädagogische Fachkraft für diversity@school	2
Schule	3
Vermittlung von LGBTIAQ*-Themen verpflichtend an allen städtischen Schulen	3
Verpflichtende Fortbildungen zum Thema LGBTIAQ* für Lehrkräfte und Erzieher*innen	3
Eine*n qualifizierte*n LGBTIAQ*-Beauftragte*n für jede Schule	3
Regale zum Thema LGBTIAQ* in Bibliotheken und Schulbüchereien	4
Wohnen	5
Jugendwohnen	5
Wohnprojekte für queere Geflüchtete	5
LGBTIAQ*-Wohnen	5
LGBTIAQ*-freundliches München	6
Schulungen zu LGBTIAQ*-Themen für die städtischen Mitarbeiter*innen, die in den Bereichen Adoption und Elternschaft sowie Medizin und Psychiatrie arbeiten	6
Gentrifizierung des Glockenbachviertels eindämmen	6
Anlaufstellen für LGBTIAQ*-Personen bei der Polizei und der Münchner Verkehrsgesellschaft	6
Kommissariat für Straftaten mit LGBTIAQ*-Bezug	6
Antidiskriminierungskampagne der Münchner Verkehrsgesellschaft	7
Ausstattung städtischer Gebäude mit geschlechtergerechten Toiletten	7
Geschlechtergerechte Sprache in städtischen Dokumenten	7

diversity München e.V.

Durch die kürzliche Inbetriebnahme des diversity Cafés konnte die prekäre Raumnot unseres Jugendzentrums etwas abgeschwächt werden. Jedoch steigen die Mitglieder- und Besuchendenzahlen, ebenso wie die Anzahl der Freizeitgruppen und Veranstaltungen, sowie die Nachfrage nach professioneller Unterstützung wie z.B. Beratung, weiterhin konstant. Aktuell haben wir über 1000 Mitglieder bis ins Alter von 27 Jahren, welche unsere unterschiedlichen Angebote wahrnehmen.

1. Angemessene Büro- und Beratungsräume

Die Mitarbeitenden des Vereins sowie die ehrenamtlichen Vorsitzenden und Referent*innen teilen sich derzeit zu zehn Personen einen einzelnen Büroraum mit vier Arbeitsplätzen. Damit stößt unser Team oft an logistische Grenzen. Um ein angemessene Arbeitsumgebung zu schaffen und auch der Fürsorgepflicht gegenüber unseren Mitarbeitenden gerecht zu werden, müssen größere Büroflächen geschaffen werden.

Darüber hinaus ist auch nicht ausreichend Raum verfügbar, in dem unsere sozialpädagogischen Fachkräfte ein angemessenes Klima für Beratungen und Gespräche schaffen können. Wir fordern Räumlichkeiten ausschließlich für Beratungsgespräche.

2. Angemessene Räumlichkeiten und Zugänge für unser Freizeitangebot

Um den Bedürfnissen unserer wachsenden Zahl an Besuchenden und Mitgliedern entsprechen zu können, benötigen wir größere Räume für unser Freizeitangebot, damit dessen Durchführbarkeit weiterhin gewährleistet ist.

Die queere Szene ist auch eng mit inklusiven Aspekten verwoben. Intersektionalität ist uns ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund möchten wir, dass unser Angebot allen jungen Menschen unabhängig von ihren körperlichen Dispositionen zugänglich wird. Wir fordern barrierefreie Lösungen für unsere Standorte.

Wir bitten somit die Stadträt*innen, uns bei der Verbesserung unserer Raumsituation zu unterstützen, indem uns ausreichende finanzielle und personelle Mittel, sowie die Unterstützung der Verwaltung bei der Suche, Gestaltung und Beziehung geeigneter Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

3. Eine sozialpädagogische Fachkraft für diversity@school

Unser Schulaufklärungsprojekt diversity@school umfasst derzeit über 40 ehrenamtliche Aufklärer*innen, welche direkt die Schüler*innen mit ihren persönlichen Fragen erreichen. Auch in diesem Jahr wurde unser letztjähriger Rekord wieder weit übertroffen; bereits zum Halbjahr 2019 wurden 157 Workshops für 3388 Personen gehalten. Damit entsteht ein enormer Koordinationsaufwand. Es ist unumgänglich, dass dieser Arbeit, welche derzeit von unseren sozialpädagogischen Fachkräften koordiniert wird, eine zusätzliche, projekteigene Fachkraft zur Seite gestellt wird.

Schule

Aktuell ist insbesondere die Schulzeit für viele LGBTIAQ*-Personen eine Herausforderung; in einer Studie zum Thema (siehe: Krell & Oldemeier 2017) berichtet die Hälfte der queeren Jugendlichen von Diskriminierungserfahrungen. Auch bei unseren Besuchenden sind Schwierigkeiten mit Mitschüler*innen und Lehrkräften ein großes Thema - die Forderung, dass LGBTIAQ*-Lebensrealitäten an Schulen besser repräsentiert werden sollen, wurde von ihnen in unserer großen CSD-Umfrage mit Abstand am meisten unterstützt. Deshalb fordern wir:

1. Vermittlung von LGBTIAQ*-Themen verpflichtend an allen städtischen Schulen

Wenn im Aufklärungsunterricht queere Themen selbstverständlich mitbehandelt werden, fördert dies Akzeptanz und zeigt deutlich, dass diese an den Schulen eingefordert wird. Des Weiteren hilft es auch den queeren Jugendlichen, zu verstehen, dass ihre Situation normal ist; es hilft ihnen, sich mit der eigenen Sexualität/Geschlechtsidentität auseinanderzusetzen. Hierzu tragen auch Projekte wie diversity@school oder das Aufklärungsprojekt bei. Wird das Thema nicht mitbehandelt, führt dies dazu, dass sich queere Jugendliche als nicht normal empfinden und darüber hinaus ihre Aufklärung zur Verhütung fehlt.

2. Verpflichtende Fortbildungen zum Thema LGBTIAQ* für Lehrkräfte und Erzieher*innen

Zu wissen, wie genau man mit einem Outing umgeht oder was die rechtliche Situation beispielsweise bei trans* Jugendlichen im Schulalltag ist, ist nichts, das man von Personen, welche sich nicht mit dem Thema auskennen, selbstverständlich erwarten kann. Tatsächlich wenden sich bereits viele Einrichtungen mit dem Wunsch nach Fortbildungen an unser Aufklärungsprojekt diversity@school oder unsere pädagogischen Fachkräfte, um einen besseren Einblick in die Lebensrealität von LGBTIAQ*-Jugendlichen zu gewinnen. Verständnis und Hilfestellungen im Alltag können queere Jugendliche enorm fördern, da sie nicht ständig gezwungen sind, sich zu erklären. Durch verpflichtende Fortbildungen für alle Erzieher*innen und Lehrkräfte, die bei der Stadt angestellt sind, soll ein Klima geschaffen werden, in dem sich Schüler*innen und auch städtische Mitarbeiter*innen ohne Probleme outen können. Die genauen Inhalte müssen von der queeren Community mitgestaltet werden, um die Vielzahl unterschiedlicher queerer Lebensrealitäten miteinzubeziehen.

3. Eine*n qualifizierte*n LGBTIAQ*-Beauftragte*n für jede Schule

Diese*r kann den Schüler*innen einen sicheren Anlaufpunkt bieten. Die Unvorhersehbarkeit, wie die gegenüberliegende Person beim Outing reagieren wird, und die Angst vor dieser Reaktion sind vor allem bei den ersten Outings sehr belastend, während eine Person, die sicherlich akzeptierend reagiert und mit dem Thema vertraut ist, vor allem in Erstgesprächen, aber auch ggf. bei darüber hinausgehenden Bedarfen Sicherheit bietet.

4. Regale zum Thema LGBTIAQ* in Bibliotheken und Schulbüchereien

Abteilungen in Bibliotheken helfen einerseits, das Thema sichtbar zu machen, und andererseits, klar Position zu beziehen. In Geschichten findet man Identifikationsfiguren, die queeren Jugendlichen zeigen können, dass sie ihre Lebensrealität mit anderen Personen teilen, und weiterhin anderen Schüler*innen dabei helfen, sich in die betroffenen Personen einzufühlen. Dies könnte auch Vorbild für städtische Bibliotheken sein.

Wohnen

1. Jugendwohnen

Oft ist die Situation in den Familien von queeren Jugendlichen angespannt - manchmal auch so schwer, dass die Jugendlichen ins Jugendwohnen ziehen. Doch auch dort wissen manche Fachkräfte nicht genau, wie sie mit queeren, vor allem trans* Themen umgehen sollen. Dies kann in manchen Fällen bereits damit anfangen, dass die Mitarbeitenden trotz wiederholter Bitte den falschen Namen der Jugendlichen verwenden.

In der Wohnform, die wir fordern, haben die Sozialpädagog*innen und Erzieher*innen Erfahrung mit dem Thema und können nicht nur allgemein akzeptierend und verständnisvoll damit umgehen, ohne dass die Jugendlichen sich beweisen müssen, sondern wissen auch Rat in Bezug auf Outing, Therapie und andere queer-spezifische Themen.

2. Wohnprojekte für queere Geflüchtete

Wie in der Petition des Sub e.V. erklärt wird, müssen LGBTIAQ*-Geflüchtete als eine vulnerable Gruppe anerkannt werden. Sie erfahren in Unterkünften oft Diskriminierung und psychische sowie physische Gewalt. Um sie davor zu schützen, braucht es eine zentrale oder dezentrale Einrichtung, die ihnen besonderen Schutz gewährt.

3. LGBTIAQ*-Wohnen

Auch wenn queere Jugendliche keinen Betreuungsbedarf haben, wirkt sich das Problem des Wohnraums stark auf sie aus. Will die Familie nach dem Outing nicht mehr, dass die Jugendlichen bei ihnen wohnen bleiben, oder ist dies nach schlechten Erfahrungen für die Jugendlichen unzumutbar, haben viele Jugendliche erst mal keine Unterkunft. Durch die Förderung von LGBTIAQ*-Wohnprojekten sollen Räume geschaffen werden, auf welche Jugendliche und junge Erwachsene mit solchen Erfahrungen zurückgreifen können.

LGBTIAQ*-freundliches München

1. Schulungen zu LGBTIAQ*-Themen für die städtischen Mitarbeiter*innen, die in den Bereichen Adoption und Elternschaft sowie Medizin und Psychiatrie arbeiten

Auch außerhalb der Schule und der Jugendarbeit sind queere Personen oft durch Unwissenheit, aber auch durch explizite Vorurteile mit Diskriminierung konfrontiert. Um dem vorzubeugen, fordern wir für städtische Mitarbeiter*innen Fortbildungen (ähnlich denen z. B. zur Interkulturalität), die sie einerseits auf den grundsätzlichen Umgang, beispielsweise mit trans* Personen, vorbereiten, und spezifisches Fachwissen zu den Bereichen vermitteln, aber auch Fehlinformationen und Vorurteilen, zum Beispiel gegenüber homosexuellen Paaren, entgegenwirken.

2. Gentrifizierung des Glockenbachviertels eindämmen

Das Glockenbachviertel hat in der LGBTIAQ*-Geschichte eine große Rolle gespielt. Um diese Geschichte zu bewahren und das Viertel als erweiterten Schutzraum für die queere Gemeinschaft zu erhalten, braucht es Maßnahmen gegen die Gentrifizierung des Glockenbachviertels. Städtische Gebäude und Grundstücke sollten LGBTIAQ*-zweckgebunden vergeben werden, wodurch auch die Vernetzung und Zusammenarbeit der queeren Community gefördert wird.

Auch zeigt sich, dass Stellen der queeren Szene, die außerhalb des Glockenbachviertels angesiedelt sind, deutlich schwerer für die Szene erreichbar sind und somit weniger angenommen werden.

3. Anlaufstellen für LGBTIAQ*-Personen bei der Polizei und der Münchner Verkehrsgesellschaft

Die Hürde, Übergriffe zu melden, ist hoch. Genau wie die Angst, nicht ernstgenommen zu werden, oder beim Melden der Straftat weiterer Diskriminierung ausgesetzt zu sein. Durch eine Anlaufstelle wird nicht nur diese Hürde verringert, die Stadt positioniert sich auch klar gegen Homo-, Trans*- und Menschenfeindlichkeit. Außerdem wissen die Angestellten der jeweiligen Institution, wie sie konkret mit den Straftaten und den Betroffenen umgehen müssen.

4. Kommissariat für Straftaten mit LGBTIAQ*-Bezug

München ist eine Millionenstadt mit einer großen LGBTIAQ*-Community, die keine spezielle Stelle für LGBTIAQ*-bezogene Straftaten besitzt - dabei ist es wichtig, dass jene Personen, die solchen Straftaten nachgehen, sich mit dem Thema auskennen. Nicht nur müssen die Angestellten mit den Lebensrealitäten der betroffenen Personengruppen vertraut sein, sondern oftmals auch bestimmte intersektionale Gegebenheiten erkennen und mitdenken. Ein gesondertes Kommissariat für LGBTIAQ*-(Hass)verbrechen ist daher unabdingbar.

5. Antidiskriminierungskampagne der Münchner Verkehrsgesellschaft

Gerade im öffentlichen Raum erleben queere Personen häufig Diskriminierung; unangebrachte Fragen, aber auch direkte Beleidigungen sind keine Seltenheit. Für die MVG fordern wir daher eine große Antidiskriminierungskampagne in allen Bussen, Straßen- und U-Bahnen. Einerseits kann in den öffentlichen Verkehrsmitteln direkt vielen negativen Erfahrungen vorgebeugt, andererseits aber auch die Bevölkerung besonders gut sensibilisiert werden.

6. Ausstattung städtischer Gebäude mit geschlechtergerechten Toiletten

Im Hinblick auf den dritten Geschlechtseintrag werden geschlechtergerechte Toiletten nötig. Auch den Alltag von trans* Personen können sie sehr erleichtern - wird eine Person nicht als jenes Geschlecht wahrgenommen, welchem sie sich zugehörig fühlt, kommt es in öffentlichen Toiletten oft zu großen Problemen.

Wir fordern daher, dass in Neubauten eine dritte Toilette eingeplant wird und in Altbauten einige der geschlechtsspezifischen Toiletten zu geschlechtsneutralen umgewidmet werden.

7. Geschlechtergerechte Sprache in städtischen Dokumenten

Wie bereits im September 2018 vom Rat für deutsche Sprache vorgeschlagen, müssen alle städtischen Dokumente schnellstmöglich mit geschlechtergerechten Formulierungen versehen werden. Außerdem müssen bei Angaben zum Geschlecht die Möglichkeit "divers" sowie die Möglichkeit, keine Angabe zu machen, ergänzt werden.